

Gerhard Jordy

Die Brüderbewegung in Deutschland 1945–1949

Umdenken und
Umstrukturierung

bruederbewegung.de

Zuerst erschienen in: *Freikirchenforschung* 15 (2005/06), S. 128–154.

Die zahlreichen Druckfehler der Vorlage wurden stillschweigend korrigiert, die originalen Seitenzahlen sind in eckigen Klammern und kleinerer, roter Schrift eingefügt.

© 2006, 2008 Gerhard Jordy, Schwelm
Textfassung und Satz: Michael Schneider
Veröffentlicht im Internet unter
<http://www.bruederbewegung.de/pdf/jordyundenken.pdf>

bruederbewegung^{de}

Gerhard Jordy

Die Brüderbewegung in Deutschland 1945–1949

Umdenken und Umstrukturierung

Die Frage nach der Haltung jener Männer, die zwischen 1933 und 1945 in den evangelischen Kirchen und Freikirchen leitende Stellungen innehatten und 1945 den Zusammenbruch aller bis dahin geltenden politischen Auffassungen erlebten, ist in der Nachkriegszeit mit steigender Dringlichkeit immer wieder gestellt worden. Jüngere Generationen fragen, warum sich Menschen, die mit Ernst Christen sein wollten, überhaupt auf ein verbrecherisches Regime einlassen konnten und wie sie nach dessen Ende dazu Stellung bezogen haben.

Dabei wird meist übersehen, dass jene Männer ganz andere Denkvoraussetzungen hatten, als es für die Jüngeren in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts selbstverständlich ist. Sie, die Spätgeborenen, sind in einem der am besten konstruierten Rechtsstaaten der Welt aufgewachsen, unrechtmäßige staatliche Gewalt ist ihnen ebenso fremd wie nationale und rassische Vorurteile; demokratische Meinungs- und Redefreiheit sowie Toleranz sind ihnen selbstverständlich. Deshalb geraten sie schnell in Gefahr, den Christen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht gerecht zu werden, die in einer ganz anders gearbeteten Zeit aufgewachsen sind, anders zu denken gelernt hatten und sich später mit einem politischen System auseinandersetzen mussten, das sie zunächst kaum durchschauen konnten.

Es ist darum notwendig, sich zunächst die Denkvoraussetzungen jener Generation vor Augen zu führen.

I. Denkvoraussetzungen der 1945 Fünfzigjährigen

Die Männer, die 1945 in leitenden kirchlichen Stellungen waren, hatten in der Regel mindestens ein Alter von 50 Jahren und waren oft noch 10 [129] bis 15 Jahre älter. Dabei ist zu bedenken, dass schon die Fünfzigjährigen die halbe Zeit ihres Lebens – 1895–1918 – noch in der Kaiserzeit verbracht hatten, die zweite Hälfte in der Weimarer Republik und im NS-Staat. Wie die meisten Frommen im Land hatten sie von ihrer bürgerlichen Herkunft her zur christlichen Monarchie ein harmonisches Verhältnis gehabt.

1) Vom Kaiserreich her

Die Christen der Brüderbewegung machten darin keine Ausnahme. Dass bei ihnen betont keine aktive Beteiligung an der Politik üblich war, unterschied sie kaum von anderen Christen, wenn auch die Enthaltung von der Politik nach dem Vorbild von J. N. Darby etwas ausgeprägter gelebt wurde, wie es Darby schon 1878 erklärt hatte: »Wir mischen uns nicht in die Politik; wir sind nicht von der Welt; wir nehmen nicht teil an den Wahlen.«

Dabei war der Gehorsam gegenüber dem Staat nach Römer 13 eine Selbstverständlichkeit, was auch nicht weiter schwer fiel, weil von einer Verfolgung christlicher Dis-

sidenten längst nicht mehr gesprochen werden konnte. Die gesellschaftliche Benachteiligung, z. B. im Blick auf Beamten- und Offiziersstellungen, wurde von denjenigen, deren Bürgerrecht im Himmel war, mehr oder weniger geduldig hingenommen. Ein Verstoß des Staates gegen göttliche Gebote erschien den Bürgern einer christlichen Monarchie als unvorstellbar, und war auch die Vorstellung von einem bibelgemäßen preußisch-deutschen Staat sicherlich nicht bei allen Frommen vorhanden, so war doch eine national-konservative Zustimmung zum christlichen Monarchen gegeben, der wie Wilhelm II. »wie Mose fürbittend für sein Volk eintreten« wollte und das Gebet als »den goldenen Schlüssel zur Schatzkammer Gottes« bezeichnete. Ein solcher Herrscher konnte mit bedingungsloser Ergebenheit rechnen. Mit Stolz erfreute man sich der Größe Deutschlands und seiner »schimmernden Wehr«, feierte den Sedanstag mit Begeisterung und betrachtete den Ersten Weltkrieg als notwendige Verteidigung unter der Leitung eines bis zur letzten Minute friedliebenden Kaisers.

[130] Demokratie wurde dagegen als Revolution, als Aufbegehren gottferner Menschen gegen den gottgegebenen Staat verstanden, wobei die staatskritischen Kräfte bedingungslos abgelehnt wurden:

- die SPD galt als vaterlandslos und atheistisch, gegen jede göttliche Ordnung gerichtet; die mit ihnen verbundenen Gewerkschaften schienen unter das Urteil von Judas 16 zu fallen: »Murrende, die mit dem Schicksal hadern und nach ihren Begierden wandeln; und ihr Mund redet stolze Worte, und sie bewundern Personen um des Vorteils willen«;

- die Liberalen galten als egoistisch und freidenkerisch; ihnen stand die liberale Theologie nahe, für die die Bibel nicht mehr Gottes Wort war;

- der politische Katholizismus mit der Zentrumspartei bedrohte das Deutschland der Reformation, hatte doch schon Luther den Papst als »Antichrist« bezeichnet und Bismarck ihn im Kulturkampf einen »Feind des Evangeliums« genannt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass für die »Brüder«, wie für die meisten Frommen jener Zeit, der Christ national-patriotisch, konservativ und Anhänger der Monarchie zu sein hatte. Demokratische und republikanische Forderungen galten als Aufstand gegen Gott.

Wenn man heute urteilt, dass die Christen der damaligen Zeit doch recht kritiklos gegenüber einer politischen Erscheinung waren, die wir heute als Wilhelminismus sehr kritisch sehen, so sollte man sich fragen, warum gerade Kritik von der politisch naivsten Seite kommen sollte.

2) Von der Weimarer Republik her

Von der geschilderten überkommenen Einstellung her wurde auch die Weimarer Republik wahrgenommen. Die militärische Niederlage 1918 wurde als nationale Schmach empfunden. Gern glaubte man an die »Dolchstoßlegende«, sprach vom Versailler Vertrag als »Schanddiktat« und beklagte den Vernichtungswillen der Gegner, der sich in den riesigen Reparationsforderungen zeigte.

[131] Die demokratische Republik wurde abgelehnt, der Parlamentarismus als Gezänk gottloser Revolutionäre betrachtet, regierten doch gerade jetzt die bisher verabscheuten Parteien, die Sozialisten, die Liberalen und mit der Zentrumspartei der politische Katholizismus. Schon Luther sei für die Monarchie eingetreten, während die Demokratie auf dem Boden des westeuropäischen Calvinismus entstanden sei, eine Argumentation, die sich im Munde von Freikirchlern seltsam ausnahm, hatten doch gerade die deutschen freikirchlichen Bewegungen des 19. Jahrhunderts ihre Wurzeln im calvinistisch-reformierten Protestantismus Westeuropas. Mit der Feindseligkeit, die man gegenüber der demokratischen Republik hegte, wurde nicht gerecht gewürdigt, dass Freikirchen noch nie eine solche

Freiheit im Staat hatten wie zwischen 1919 und 1933; im Gegenteil, man lehnte die den Staat bestimmenden Kräfte ab, obwohl gerade sie die die Freikirchen bisher diskriminierende Allianz von Thron und Altar aufgelöst hatten.

Dies war die allgemein-christliche Auffassung. Gustav Nagel von den Freien evangelischen Gemeinden, Schriftleiter des Allianzblattes und 1926–1944 Vorsitzender der Evangelischen Allianz, schrieb:

»Die moralischen Werte sind heutzutage auf der ganzen Linie im Rückzug begriffen, und Rechtlosigkeit und Willkür sind überall im Vormarsch begriffen. In die Reihe dieser Erscheinungen gehört auch die Überflutung der Welt mit den Ideen der Demokratie. ... In Preußen-Deutschland bestanden Formen des monarchisch-konstitutionellen Lebens bisher unter göttlicher Zulassung. Im ganzen haben sich diese Formen als Wächter von Zucht und Ordnung erwiesen. Zu ihnen im Gegensatz standen Mächte, die von jeher die Revolution auf ihre Fahne geschrieben haben. Wo sie zur Herrschaft kamen, da zog das Chaos ein.«

Es ist verständlich, dass der Gehorsam nach Römer 13 diesem Staat gegenüber nur mühsam erfolgte. Die TENNE, das Jugendblatt der »Brüder« zwischen den Kriegen, musste immer wieder zu geistlicher Haltung nach 1. Timotheus 2,1f. ermahnen, weil Leser bekundeten, dass man doch für eine solche gottlose Regierung nicht beten könne. Mit [132] dem alten Grundsatz, sich – abgesehen von Fürbitte – nicht in die Politik einzumischen, predigte die TENNE allerdings tauben Ohren, denn die nationalistischen Parteien und vaterländischen Verbände (DNVP, NSDAP, Stahlhelm) gewannen auch bei den Gläubigen der Brüderbewegung Sympathie und Zulauf. Nach den sog. »Erdrutschwahlen« im September 1930, als die NSDAP von einer bis dahin unbedeutenden Splitterpartei mit 107 Sitzen zur zweitstärksten Fraktion im Reichstag anwuchs, musste Rudolf Brockhaus, die anerkannte Führerpersönlichkeit unter den »Brüdern«, feststellen:

»Ich habe zu meinem Entsetzen gehört, dass manche Brüder NSDAP gewählt haben. Das ist doch eine ganz und gar antichristliche Partei.«

Rudolf Brockhaus starb 1932. Damit fehlte den »Brüdern« die Autorität, die sie vielleicht hätte zurückhalten können, der Verführung des Nationalsozialismus zu erliegen.

Sicherlich ist nicht die in der Weimarer [Republik] neu gewonnene Einmischung in die Politik zu verwerfen, verderblich aber war die von den Denkvoraussetzungen her völlig einseitige Ausrichtung, die viele unter den »Brüdern« Hitler in die Arme trieb.

3) Vom NS-Staat her

Die genannten national-konservativen Vorurteile ließen viele Christen Hitler als christensfreundlichen Politiker und sogar als »Werkzeug Gottes« missverstehen. Und wenn man sich Hitlers heuchlerische Taktik bis März 1933 vor Augen hält, erscheint dieses Missverständnis kaum als ein Wunder. Was sollten naive Fromme auch aus ihrer christlich-nationalen Haltung heraus von einem Mann anders halten, der seine Einstellung zum Christentum folgendermaßen definierte:

»In unseren Reihen dulden wir keinen, der die Gedanken des Christentums verletzt.«

»Ich rede nicht nur vom Christentum, nein, ich bekenne auch, dass ich mich niemals mit den Parteien verbinden werde, die das Chris- [133] tentum zerstören.«

Hier mussten ihm die Herzen derjenigen zufliegen, die schon immer die »gottlosen« Parteien abgelehnt hatten.

Von dem Mann, der sich zu einem »positiven Christentum« bekannte und »das Christentum als Basis unserer gesamten Moral« zur Regierungsgrundlage machen wollte, erwartete man Rettung vor dem Bolschewismus, Bewältigung der Wirtschaftskrise sowie nationalen Aufstieg, und als er schon 1933 die demokratischen Parteien ausschaltete, wurde das als göttliches Gericht über jene Mächte verstanden, unter deren Herrschaft sich in den sog. »Goldenen Zwanzigern« die Sünde in Deutschland breitgemacht hatte.

Die außenpolitischen Erfolge Hitlers und die siegreichen Feldzüge der ersten Kriegsjahre wurden als sichtbarer Segen Gottes verstanden. Die antisemitischen Ausschreitungen wurden von vielen

– nur als Schönheitsfehler betrachtet, für die untergeordnete Organe verantwortlich waren und von denen der »Führer« nichts wusste. Die Legende vom Neuen Testament auf dem Nachttisch des »Führers« wurde nur zu gern geglaubt, bei den »Brüdern« umso mehr, wenn sie hörten, dass es sich um die »Elberfelder Übersetzung« handelte;

– zur Beruhigung des Gewissens heilsgeschichtlich als Gericht am irdischen Volk Gottes verstanden. Der seit dem 19. Jahrhundert in den Köpfen des europäischen Bürgertums latente Antisemitismus hatte auch vor den christlichen Kreisen nicht Halt gemacht, so dass die Rassendiskriminierung durch die »Nürnberger Gesetze« in vielen Fällen kein Umdenken zur Folge hatte.

Als nach dem Verbot der »Christlichen Versammlung« 1937 die »Brüder« gezwungen waren, den »Bund freikirchlicher Christen (BfC)« zu gründen, in dem Einzelmitgliedschaft, Führerprinzip, Lebens- und Staatsbejahung Pflicht waren, wurden die Rassengesetze damit mindestens offiziell anerkannt, wonach die christlichen Juden die Gemeinden verlassen mussten. Die Bundesleitung unter dem »Reichsbeauftragten« [134] Dr. Hans Becker forderte von allen Mitgliedern ein »Umdenken im Sinne des Nationalsozialismus«, überhaupt eine »Wende um 180 Grad«, womit allerdings auch das Ende der Absonderung und die Offenheit gegenüber allen anderen Christen verbunden war. Je nach Einstellung konnte das Gewissen auf diese Weise durch das eine oder andere Argument beruhigt werden. Eine Folge des Umdenkens war noch 1937 die Verbindung mit den »Offenen Brüdern«, von denen die sog. »Christliche Versammlung« bisher streng getrennt gewesen war. Dies hatte zur Folge, dass die deutschen »Brüder« vom gesamten exklusiven Brüdertum der Welt exkommuniziert wurden und ca. 5–10 % der deutschen »Brüder« nicht in den BfC eintraten und damit dem Versammlungsverbot unterlagen.

Der Bund des BfC mit den Baptisten, der »Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (BEFG)«, wurde 1941/42 zwar unter dem Eindruck geschlossen, dass der mittlerweile von der SS beherrschte Staat immer christentumsfeindlicher wurde, lautstark wurde er aber bei der Gründungsversammlung im Februar 1941 zur »Neuordnung Europas« durch den »Führer« in Parallele gesetzt, weil man nunmehr auch unter den Christen eine »Neuordnung« durchsetzen wollte.

Gerade die Bundesgründungen in der NS-Zeit, BfC und BEFG, sollten für die Entwicklung der Brüderbewegung in der Nachkriegszeit von großer Bedeutung sein.

Zum Kriegsende hin kann man unter den »Brüdern« wie auch unter den meisten Christen damals eine ambivalente Haltung feststellen:

– Auf der einen Seite fürchtete man den SS-Staat, der durch die Gestapo die christlichen Gemeinden in eisernem Griff hielt, demgegenüber taktierende Anpassung das Gebot der Stunde zu sein schien,

– auf der anderen Seite fürchtete man die militärische Niederlage, besonders gegenüber der Sowjet-Union, und meinte wie Joseph Goebbels »apokalyptische Bilder« sehen zu müssen.

So war im Großen und Ganzen das Denken unter den Christen, die 1945 die größte Katastrophe der deutschen Geschichte erlebten, wobei [135] Ausnahmen im Einzelnen, bedingungslose Ablehnung des Nationalsozialismus oder Einsatz zur Rettung von Juden oder überhaupt eine innere Emigration, durchaus vorhanden waren, aber aus verständlichen Gründen nicht auffallen konnten.

II. Die »Brüder« und der Zusammenbruch Deutschlands 1945

1) Unglücklich über die militärische Niederlage

Der Schock des Zusammenbruchs saß tief. Hatte man vor Kriegsende immer noch auf einen politischen Ausgleich gehofft, bei dem die eigene unchristliche Regierung ausgeschaltet worden wäre, so ging das Empfinden jetzt dahin, dass man über eine solche Niederlage einfach unglücklich war. Da hatte eine Generation innerhalb von 27 Jahren zweimal eine furchtbare Niederlage nach einem Weltkrieg erlebt, und die von 1945 übertraf die von 1918 bei weitem.

Auch die »Brüder« zeigten Unverständnis gegenüber der Führung Gottes, weil sie z. T. immer noch in ihrem nationalen Denkschema gefangen waren.

Auf einem ersten regionalen Brüdertreffen im August 1945 in Wuppertal-Elberfeld standen deshalb auch die Weltereignisse im Vordergrund. So wurde gefragt:

»Warum lässt Gott das alles zu, was über uns gekommen ist? Sind wir schlechter als andere?«

Für das Leben des einzelnen Christen hätten die Brüder eine solche Frage nie gestellt, die konnte nach Amos 3,6 klar beantwortet werden, und man hatte auch sonst gewusst, dass moralische Qualität mit der Schwere eines Schicksals nach menschlicher Erkenntnis nicht in einem inneren Zusammenhang stehen muss. Nationales, politisches Denken aber lief anscheinend nicht auf der geistlichen Schiene. Darum konnte man auch fragen:

»Warum kommen die Katastrophen immer über unser Volk? War- [136] um nicht auch einmal über England?«

Die feindselige Propaganda, die gegen das »perfide Albion« schon seit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs geübt worden war, kommt hier deutlich zum Ausdruck. Man spürt die Wirkung dieser Propaganda gegen die oft beschriebene rücksichtslose weltweite Machtpolitik des British Empire, gegen den »Raubstaat England«, gegen den besonders Deutschland gegenüber missgünstigen »John Bull«. Geradezu naiv denkt und spricht man noch in der Terminologie eines Joseph Goebbels, wenn man meinte, es sei »furchtbares Unrecht, was unserem Volk heute geschieht, dass wir, die wir um unser nacktes Leben kämpften, unterliegen mussten und, wo wir schon vorher nicht den nötigen Lebensraum hatten, jetzt beinahe auf die Hälfte zusammengepfercht werden.«

Statt von eigener Schuld zu sprechen, ist von erfahrener Unrecht die Rede, die Vorstellung vom »Volk ohne Raum« spukt immer noch in den Köpfen, und einen frevelhaft vom Zaun gebrochenen Angriffskrieg einen »Kampf ums nackte Leben« zu nennen, zeugt von naiver Unwissenheit. So konnte ohne jede Einsicht in die wahren politischen Zusammenhänge des Jahres 1939 in einem Aufsatz damals geschrieben werden:

»Die Feinde triumphieren über uns und verlangen von uns die Übernahme der ganzen Schuld, obwohl jedermann weiß, dass vor und in diesem Krieg verhängnisvolle Fehler hier wie dort gemacht wurden, dass, wie stets, Schuld auf beiden Seiten liegt.«

Da man auf diese Weise keinen Bezug zur eigenen deutschen Schuld finden konnte, zog man sich auf die Erkenntnis zurück, in der vernichtenden Niederlage den »Erweis der

Souveränität Gottes« zu sehen, die der Herr der Geschichte gleichermaßen gegenüber Guten wie Bösen übt. Wenn allerdings Dr. Hans Becker davon sprach, dass Gott, um sich als Herr der Geschichte zu erweisen, das christliche Gottesbild zerschlagen habe, wonach der Gläubige belohnt werde, so muss man doch fragen, wo denn die »Brüder« je ein solches Gottesbild gehabt hätten. War es nicht wieder das vom biblischen Verständnis gelöste politische Denken, das mit Joseph Goebbels einmal geglaubt hatte, dass der [137] »Herrgott« dieses »fleißige und tapfere Volk« nicht in die Niederlage führen könne?

Man tröstete sich schließlich mit dem Bild des gefällten Baumes, der später einmal zu einem schönen Möbelstück verarbeitet werden soll, war aber immer noch von der Einsicht entfernt, dass die Niederlage für die Gemeinde Jesu Christi und das Evangelium ein Segen sein könnte.

2) Kein Schuldbekenntnis

So konnte es auch zu keinem Schuldbekenntnis kommen, obwohl, wie Otto Bastian, einer der führenden Brüder, später schrieb, es den »Brüdern« mehr angestanden hätte als der Evangelischen Kirche und der Evangelischen Allianz mit ihren Schuldbekenntnissen (1945 bzw. 1946), nach dem Krieg einmal kritische Rückschau zu halten. Aber daran haperte es, wie es das Ausbleiben einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit bewies. Dabei hätte man genügend kritische Fragen stellen können:

- Mussten ausgerechnet die Christen, die immer die besondere Rolle Israels in der Heilsgeschichte betont hatten, im Blick auf die Judendiskriminierung von Anfang an kein Wort des Widerspruchs finden, sich in der Rassenfrage anpassen und versuchen, sich mit heilsgeschichtlichen Erklärungen herauszuwinden?

- Musste man mit dem Hinweis, der Widerstand der Bekenntniskirche sei Ungehorsam gegen eine von Gott eingesetzte Regierung, der Bekenntniskirche im Kirchenkampf in den Rücken fallen?

- Musste man bei der Gründung des BfC ein radikales Umdenken im Sinne des Nationalsozialismus und seiner Rassengesetze fordern?

- Musste man bei der Gründung des BfC das befohlene Führerprinzip so hart durchsetzen, dass die Brüderlichkeit darunter litt und tiefe Verletzungen entstanden?

- Musste man bei der Gründung des BEFG das Ganze als Parallelaktion zu Hitlers »Neuordnung Europas« demonstrativ durchsetzen?

- Musste man bis zum bitteren Ende Ergebnisserklärungen mit be- [138] schämenden Verbeugungen vor dem »Führer« abgeben? Ob sie zuletzt aus taktischen Gründen erfolgten, ist dabei unerheblich.

Die nach dem Krieg geäußerten Entschuldigungserklärungen hatten den Beigeschmack des Gesuchten:

- Man habe sich in die Politik des NS-Staates nicht eingemischt. – Aber da fehlte wohl ein Schuldbewusstsein im Blick auf die damalige Forderung nach Umdenken im Sinne des NS-Staates, nach Bejahung dieses Staates samt seiner Rassengesetze.

- Die Gründung des BfC sei ein »notwendiges Übel« gewesen. – Aber die Begleitumstände, wie oben gezeigt, waren sicherlich nicht so notwendig gewesen.

- Die Verkündigung des Evangeliums sei immerhin weitergegangen. – Aber kann ein positives Argument Schuld auf anderen Gebieten mindern?

- Es gebe in Freikirchen kein für ein Schuldbekenntnis legitimes Gremium (so Paul Schmidt). – Wenn aber die Baptisten im Blick auf ihre Struktur autonomer Gemeinden so argumentierten, konnten die »Brüder« das erst recht tun. Doch 1937 und später hatte der Reichsbeauftragte (Dr. Hans Becker) das ganz anders gesehen. Erinnerung sei nur an die Ergebnisadressen im Namen von BfC und BEFG.

Allerdings gab es verschiedene Schuldbekennnisse privater Natur:

– Walter Brockhaus (Sohn von Rudolf Brockhaus) schrieb später in seiner Autobiographie, er sei am liebsten vor Scham gestorben, als ihm bei Kriegsende die Augen aufgingen, weil er einsehen musste, dass die »sog. Gräuelperichten« aus den Konzentrationslagern, aus Polen und den Ostgebieten keine Lügengeschichten waren. – Hier wird deutlich, wie man sich bisher über das zwar bruchstückhafte, aber doch vorhandene Wissen um die Verbrechen des NS-Regimes hinweggeholfen hatte: Gräuelperpropaganda des Feindes!

– Ernst Schrupp (Leiter des Missionshauses Bibelschule Wiedenest, im Krieg Artillerie-Offizier) bekannte in der Cornelius-Bruderschaft (Vereinigung christlicher Offiziere) seine Schuld, dass er einem verbrecherischen Regime gedient habe.

[139] – Dr. Hans Becker (Reichsbeauftragter des BfC 1937–1942; dann 2. Vorsitzender des BEFG) trat im Mai 1946 von seinem Posten zurück, weil er sich »politisch geirrt« habe. – Aber handelte es sich wirklich nur um politische Irrtümer? Außerdem übernahm er im September 1947 auf Drängen seiner Freunde wieder den Posten des 2. Vorsitzenden im BEFG.

– Ein verspätetes Schuldbekenntnis gab Otto Bastian in der Zeitschrift der »Brüder«, in der BOTSCHAFT, ab (1983): »Wie haben die »Brüder« die Versuchung des Nationalsozialismus bestanden?« Er kam zu dem Ergebnis:

»Wir hätten viel genauer »zusehen« und bewusster »wachen« müssen. Wären wir der Warnung des Apostels Paulus (Eph. 5,18) gefolgt, dann wären wir »voll Geistes« gewesen und hätten uns nicht ebenfalls berauscht mit politischer Beeinflussung, ja Begeisterung, und wir hätten echt widerstanden.«

– Zum 50. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges, im April 1995, gab der Bruderrat der »Arbeitsgemeinschaft der Brüdergemeinden im BEFG« ein Schuldbekenntnis ab, in dem nicht nur im Einzelnen auf das Versagen in der Zeit des »Dritten Reiches« eingegangen wurde, sondern auch auf das fehlende öffentliche Bekennen nach dem Zusammenbruch 1945. Leider kam dieses Schuldbekenntnis nach einem halben Jahrhundert durch eine neue Generation. (Vgl. hierzu im vorliegenden Band Seite 136)

3) Keine personellen Konsequenzen

Wo kein Schuldbewusstsein vorhanden war, konnte es auch keine personellen Konsequenzen geben:

– Paul Schmidt, Bundesdirektor im BEFG, konstatierte für Baptisten und »Brüder«, dass es im Raum der Gemeinde keine Schuldzuweisungen geben könne. In der Gemeinde Jesu Christi gebe es keine Entnazifizierung. »Nach unserer bisherigen Erkenntnis war es so, [140] dass die Gemeinde Jesu die Heilsbotschaft zu verkündigen und zu verkörpern hat, dass sie aber nicht den Auftrag und die Kraft hat, ein ganzes Volk zu bewahren und zu behüten.«

– So wurde auch der Rücktritt des 2. Vorsitzenden Dr. Hans Becker bald wieder zurückgenommen. Becker behielt sein Amt bis zu seinem Tod 1963.

– Gegenüber den ungeistlichen mündlichen und schriftlichen Entgleisungen der Parteigenossen und Gleichgesinnten 1933–1945 wurde brüderliches Schweigen gewahrt. Als ein exklusiver Bruder Dr. Becker bei der Militärregierung als »Gestapo-Werkzeug« denunzieren wollte, wurde er von anderen Brüdern daran gehindert.

– Persönliche Schuldzuweisungen durch exklusive Brüder, dem NS-Staat gedient zu haben, konnten als unberechtigt zurückgewiesen werden, weil auch diejenigen, die nicht

in den BfC eingetreten und in den Untergrund gegangen waren, selbst den NS-Staat bejaht hatten, wie Zitate jener Zeit bewiesen:

Franz Kaupp (als Lehrbruder eine Autorität): »*Wer unter uns, die nicht im BfC sind, verneint den nationalsozialistischen Staat Adolf Hitlers? Wer ist nicht von Herzen dankbar, dass Gott uns diesen Mann als Retter aus Not und Schmach gegeben hat?*«

August Schumacher (Reisebruder): »*Je länger, desto mehr erkennen die Geschwister, dass die Forderung der Regierung gerecht ist.*«

Johannes Menninga (Reisebruder) nannte den Vorwurf mangelnder Staatsbejahung durch die »Brüder« eine »Schmähung«. Eine Brüdergemeinde, die 1937 wegen Ablehnung Dr. Beckers für sich ein eigenes Versammlungs- und Körperschaftsrecht beantragte, begründete ihren Antrag damit, dass sie den Staat anerkenne, »der für die Reinerhaltung des Volkskörpers von staatsfeindlichen und volkszersetzenden (Judentum! D. Verf.) Elementen besorgt« sei.

[141] – Dagegen gab es nur sehr wenige Ausnahmen von einzelnen Brüdern, die den NS-Staat grundsätzlich ablehnten.

So konnte Dr. Becker die sog. »Außenstehenden« mit einem gewissen Recht darauf hinweisen, dass sie zwar ein gutes Konjunkturbewusstsein, aber ein schlechtes Gedächtnis hätten.

Völlig überdeckt wurde allerdings die Schuldfrage durch die nunmehr brennende Frage nach der geistlichen Berechtigung der Bundesgründungen. Diese Frage hat die »Brüder« in den Jahren 1945 bis 1949 und auch noch später in harte Auseinandersetzungen geführt, und durch diese Frage ist es auch zu der Umstrukturierung der Brüdergemeinden nach 1945 gekommen.

III. Umstrukturierung der Brüdergemeinden 1945–1949

Vor 1937 hatte es in der deutschen Brüderbewegung wie auch in der ganzen Welt zwei Gruppierungen gegeben:

- die Geschlossenen (Exklusiven) Brüder, in Deutschland auch »Elberfelder Brüder« oder »Christliche Versammlung« genannt;
- die Offenen Brüder.

Die Zweiteilung rührte von Auseinandersetzungen in England im 19. Jahrhundert her, und seitdem lehnten und lehnen die Geschlossenen Brüder die Gemeinschaft am Tisch des Herrn mit den Offenen Brüdern wie mit allen anderen konfessionellen »Systemen« ab. Weltweit waren und sind die Offenen Brüder in der Überzahl, während in Deutschland die Geschlossenen Brüder 1937 ungefähr im Verhältnis 10:1 das Übergewicht hatten. Die Vereinigung der beiden Gruppen 1937 war weltweit einzigartig.

[142] 1) Die Geschlossenen (Exklusiven) Brüder

Die ab 1937 in den Untergrund Verbannten, jetzt die »Außenstehenden« genannt, hatten ab 1945 wieder Versammlungsfreiheit und nutzten sie selbstverständlich nach den Grundsätzen, die vor 1937 gültig waren (keine Organisation, kein Name, Absonderung, d. h. Trennung von allen religiösen »Systemen«), um die Einheit des Leibes Christi am Tisch des Herrn darzustellen.

Die Versuche der »Brüder« im BEFG, sie zum Eintritt in den Bund zu bewegen, schlugen fehl und wurden mit überlegenen Argumenten abgewiesen:

– Verantwortlich für die Trennung seien nicht sie, die »Außenstehenden«, sondern allein die in einen Bund Eingetretenen, die damit von den biblischen Grundsätzen der Väter abgewichen seien.

– Warum man jetzt den BEFG als eine harmlose Dachorganisation verharmlose, während man ihn 1941 als »sichtbare Verwirklichung der Einheit« gepriesen habe!

– Warum man nach acht Jahren im Untergrund jetzt ohne jeden staatlichen Druck in eine unbiblische Organisation eintreten solle!

– Man erinnerte an die Verletzung der Gefühle durch die damaligen Führungspersonen und an die erbarmungslose Verurteilung der »Alten Versammlung«, von der man eine »Wende um 180 Grad« gefordert habe.

– Im Gegenteil, man forderte zur Rückkehr auf, allerdings mit einem Schuldbekenntnis, dass man mit dem Eintritt in BfC und BEFG nicht den schriftgemäßen Weg gegangen sei.

Darauf erfolgte eine Massenabwanderung von Unsicheren und Unzufriedenen aus dem BEFG, was durch Besuche und Schriften der »Außenstehenden« gefördert wurde, so z. B. durch Ernst Ebner (Ludwigsburg) und seine Schrift »Der gottgemäße Weg«. Ebner, der selbst im Krieg dem Bund angehört hatte, arbeitete jetzt nach dem Motto »Und wenn du einst zurückgekehrt bist, so stärke deine Brüder!« (Luk. 22,32) Es zeigte sich, dass viele »Brüder« nicht aus Überzeugung im BfC und BEFG [143] mitgemacht hatten, sondern von dem Empfinden gequält worden waren, nicht den biblischen Weg zu gehen.

Am Ende dieser Entwicklung waren ungefähr 40 % der deutschen »Brüder« wieder in der sog. »Alten Versammlung«, wie man sich jetzt meistens nannte.

2) Die »Brüder« im Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden

Seitens der »Brüder« im BEFG wurden alle Vorwürfe zurückgewiesen, man wies darauf hin,

– dass 1937 nicht der BfC das Ärgernis gewesen sei; im Gegenteil, die Anordnungen der Regierung seien von den »Brüdern« im In- und Ausland nicht verurteilt worden; die »Brüder« im Ausland hätten sogar zugeraten, den Forderungen des Staates gemäß Römer 13 zu entsprechen,

– dass erst die Vereinigung mit den Offenen Brüdern im November 1937 der wahre Anstoß zur Trennung – auch von den Geschlossenen Brüdern im Ausland – gewesen sei. Der Schritt »aus der Enge in die Weite« – jetzt ein beliebter Terminus – könne aber nicht zurückgenommen werden,

– dass Dr. Hans Becker, wenn er denn Brüder verletzt haben sollte, zum Rücktritt bereit sei – zwischenzeitlich war er auch, wie oben gezeigt, 1946/47 zurückgetreten –, dass andere Brüder sogar zum Austritt aus dem Bund bereit seien, aber der Schritt »in die Weite«, die Gemeinschaft mit allen wahren Kindern Gottes, sei ein Grundsatz, der nunmehr mit Überzeugung vertreten werde.

Letztlich war die verneinte Absonderungslehre, die die Trennung von allen »religiösen Systemen« zum Grundsatz hatte, die Kluft, die für die beiden Gruppen unüberwindbar war. Und so konnte man nicht zueinander finden. Es wurde an der Bundesgemeinschaft mit den Baptisten [144] festgehalten, von einigen geradezu mit »Nibelungentreue«, wie sie Dr. Becker zeitlebens mit Überzeugung vertrat.

Dass dies nicht problemlos war, zeigte dann die Zukunft:

– schon vor 1949 der Beginn einer Austrittsbewegung zu einem bundesfreien Brüdertum;

– um 1980 mit der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der Brüdergemeinden im BEFG, um die Identität des Brüdertums innerhalb des BEFG zu wahren.

3) Die (bundes)freien Brüder

Auch unter den Nichtabgewanderten zeigte sich nach 1945 Unzufriedenheit mit dem BEFG. Die Kritik am Bund hatte mancherlei Gründe:

- Angesichts der neuen religiösen Freiheit erschien es nicht mehr angebracht, einer Organisation anzugehören, die auf dem Boden des NS-Staates entstanden war.

- Zwar wurde »der Schritt in die Weite« bejaht, aber das Organisatorische wurde als Vereinsmeierei empfunden, besonders die zunächst noch verpflichtende Teilnahme an den regionalen Vereinigungen des Bundes. Ausdrücke wie Vereinigungstagung, -rat, -leitung, -leiter, -vorsitzender usw. wurden als unbiblisch empfunden und bereiteten Unbehagen.

- Gegenüber der Bundesleitung bestand weithin kein rechtes Vertrauen, waren es doch noch dieselben Männer, die das deutsche Brüdertum dem Nationalsozialismus angepasst hatten.

- Man fürchtete die Gefahr einer Verkirchlichung, weil besonders die hauptberuflichen Reisebrüder einer gewissen Zentralisierung durch die Bundesleitung unterworfen waren.

- Das Predigersystem der Baptisten entsprach für die »Brüder« nicht dem »Allgemeinen Priestertum«, wie sie es für ihre Zusammenkünfte verstanden.

[145] – Durch die Verbindung der Baptisten mit dem Baptistischen Weltbund fürchteten die »Brüder« eine Verbindung mit Namenschristen.

- Auch die Verbindung im BEFG mit den charismatischen Elim-Gemeinden wurde kritisch gesehen, ein Problem, das sich allerdings durch den Austritt der Elim-Gemeinden bald von selbst löste.

- Besonders bedauert wurde der Verlust eines eigenen Schrifttums. Selbst Wilhelm Brockhaus (der älteste Sohn von Rudolf Brockhaus), der frühere Schriftleiter der BOTSCHAFT, war der Meinung, dass die von baptistischer Seite erscheinenden Schriften genügten, was weithin zu Unmut führte.

- Noch ärgerlicher erschien es, dass die Bundesleitung ein gemeinsames Liederbuch plante, was die Abschaffung der »Kleinen Sammlung Geistlicher Lieder« zur Folge gehabt hätte.

Das alles zeigte, dass es bisher keine organische Vereinigung von Baptisten und »Brüdern« im BEFG gegeben hatte. Man verstand sich eigentlich nur »oben«, in der Bundesleitung.

Die Versuche einer organisatorischen Sonderregelung in Richtung auf einen föderativen Dachverband scheiterten an der Ostzonenfrage. Dort wollte man im Blick auf die Sowjet-Herrschaft keine Veränderungen vornehmen, und der Westen wollte nicht einseitig vorgehen. Es wurde nur erreicht, dass Brüdergemeinden keine Gemeindegliederung mit Gemeindeleiter und Gemeinderat einführen mussten und sich mit einem »Briefempfänger« begnügen konnten. Auch das eigene Liederbuch wurde nicht angetastet.

Dennoch trat Ende 1946 die große Brüdergemeinde Mettmann aus dem BEFG aus und gab damit ein Signal. Im Laufe des Jahres 1947 folgten andere Gemeinden, u. a. Volmarstein, Neunkirchen, Gevelsberg, Opladen.

Der allgemeinen Unruhe wurde mit Vorträgen in den Gemeinden und mit Schriften entgegengetreten, z. B. mit Themen wie

- Bund oder nicht?

- Ist die Einrichtung unseres »Bundes« oder eines Bundes überhaupt schriftgemäß?

[146] – Ekklesia oder »Bund«?

Die Fragen wurden natürlich immer im Sinn des BEFG beantwortet; überhaupt bagatellierte die Bundesleitung das Problem und erlag damit dem Fehlschluss, mit intellektuell schlüssigen und biblisch abgesicherten Argumenten überzeugt zu haben. Es wurde

dabei übersehen, dass man auf diese Weise gegen historisch gewordene und gefühlsmäßig verankerte Empfindungen nicht ankam.

Im Sommer 1948 meinte man, das Problem gelöst zu haben, und schrieb hoffnungsvoll in einem Rundschreiben: »So hatten denn die Versammlungen ... Frieden und wurden erbaut« (Apostelgeschichte 9,31). Aber schon im Herbst 1948 setzte die endgültige Absetzbewegung vieler Brüdergemeinden ein.

Auch auf Seiten der Baptisten war durch die Rückkehr der Kriegsgefangenen Unruhe entstanden. Prediger u. a., die 1941/42 als Soldaten wegen der Gründung des BEFG nicht befragt worden waren, protestierten gegen die Namensänderung (Bund der Baptisten-gemeinden → BEFG), der Verlust des Namens »Baptisten« wurde als untragbar empfunden, was zur Folge hatte, dass viele Baptistengemeinden »Baptisten« der offiziellen Bezeichnung hinzufügten. Auf der anderen Seite wehrten sich die »Brüder« dagegen, als Baptisten identifiziert zu werden.

Die Wirklichkeit hielt an vielen Orten dem illusionären Verständnis der Bundesgründer nicht stand. Dr. Hans Luckey, der Leiter des baptistischen Predigerseminars, schrieb im Herbst 1948: »Der Versuch der Verschmelzung von Baptisten und BfC muss als glatter Fehlschlag bezeichnet werden.« Carl Baresel, ein führender baptistischer Bruder, schrieb:

»Durch den Zusammenschluss 1941 sollten zwei Säulen in eins verwoben werden, von denen beide eine hundertjährige, voneinander getrennt laufende Geschichte hinter sich haben. Man hat damals versucht, diese Verschmelzung erst einmal durch die Organisation nach außen darzustellen, die innerliche Verschmelzung in der Richtung von oben nach unten sollte folgen. Sie kam nicht. Gründe [147] hierfür lassen sich auf beiden Seiten genügend anführen.«

Im März 1949 erfolgte eine Befragung der Brüdergemeinden, bei der sie unter drei Möglichkeiten wählen konnten:

- A: Bund wie bisher mit zwei gleichberechtigten Bundesdirektoren von jeder Seite, Beteiligung an Vereinigungen freiwillig;
- B: föderativer Aufbau, jede Gruppe mit eigener Geschäftsstelle und Kasse als Träger gemeinsamer Aufgaben;
- C: Austritt oder Auflösung des BEFG; beiderseitige Beteiligung an gemeinsamen Aufgaben.

Das Ergebnis zeigte eine Mehrheit für C (A: 1988; B: 2157; C: 3321). Aber dieses Resultat beeindruckte die Bundesleitung nicht, und erst als im Laufe des Jahres die Austrittsbewegung stärker wurde, kam es im August 1949 zu den »Dortmunder Beschlüssen«, die den Brüdergemeinden gewisse Eigenverantwortung zugestanden. Aber die Beschlüsse kamen zu spät, denn die Austrittsbewegung war mittlerweile in vollem Gang.

Am 23. Oktober 1949 trafen sich ca. 400 Brüder von 45 Gemeinden in Wermelskirchen, wo die Grundsätze eines Freien Brüderkreises formuliert wurden:

- Die schriftgemäße Offenheit gegenüber allen Kindern Gottes wird beibehalten.
- Die Vereinigung mit den Offenen Brüdern 1937 wird als »Geschenk« Gottes« betrachtet.
- Der Bund mit den Baptisten wird »je länger je mehr als unhaltbar« angesehen und verlassen, was keine Geringschätzung der Baptisten bedeuten sollte; weiterhin soll mit ihnen Gemeinschaft gepflegt werden.
- Von den Brüdern der »Alten Versammlung« wird nunmehr der nächste Schritt eines Entgegenkommens erwartet.

Dass man mit den im BEFG verbleibenden »Brüdern« weiterhin Gemeinschaft pflegen wollte, galt als selbstverständlich. Vielleicht hoffte [148] man auch, dass schließlich alle

dem Beispiel der 45 Gemeinden folgen würden. Aber es blieben doch ca. 70 Brüdergemeinden im BEFG, während der Freie Brüderkreis auf ca. 170 Gemeinden anwuchs.

Damit war die dritte Gruppe im deutschen Brüdertum entstanden. Ihre Grundsätze wurden auf der Barmer Konferenz im Januar 1950 noch einmal bestätigt:

»Wir möchten keine andere Bindung anerkennen als die an das Wort Gottes. Deshalb möchten wir alle konfessionellen Glaubenssätze oder Verfassungen ablehnen, die nicht in der Schrift enthalten sind oder über die Schrift hinausgehen. Die gleiche ablehnende Haltung müssen wir gegenüber Vorschriften und Bedingungen einnehmen, welche von gewissen Brüdern aufgestellt und auch ohne schriftliche Festlegung zu Dogmen erhoben worden sind. Weil sie gegen die Schrift verstoßen, können wir sie nicht anerkennen.«

Deutlich wird, dass man sich gleichermaßen nach zwei Seiten abgrenzte: gegen den Bund und gegen die die Absonderung lehrenden Geschlossenen Brüder.

Zusammenfassung

Geistlich betrachtet, kann man eigentlich nur von zwei Brüdergruppen sprechen: erstens von den Geschlossenen (Exklusiven) Brüdern, die die Absonderung von allen »religiösen Systemen« streng einhalten, und zweitens von den »Brüdern«, die offen gegenüber allen wahren Christen sind, welcher Denomination sie auch angehören mögen.

Dennoch war eine gewisse Entfremdung zwischen den »Brüdern« innerhalb und außerhalb des BEFG nicht zu verhindern. Immerhin sollte es aber in den folgenden Jahrzehnten von beiden Seiten immer wieder Anläufe geben, diese Entfremdung abzubauen.

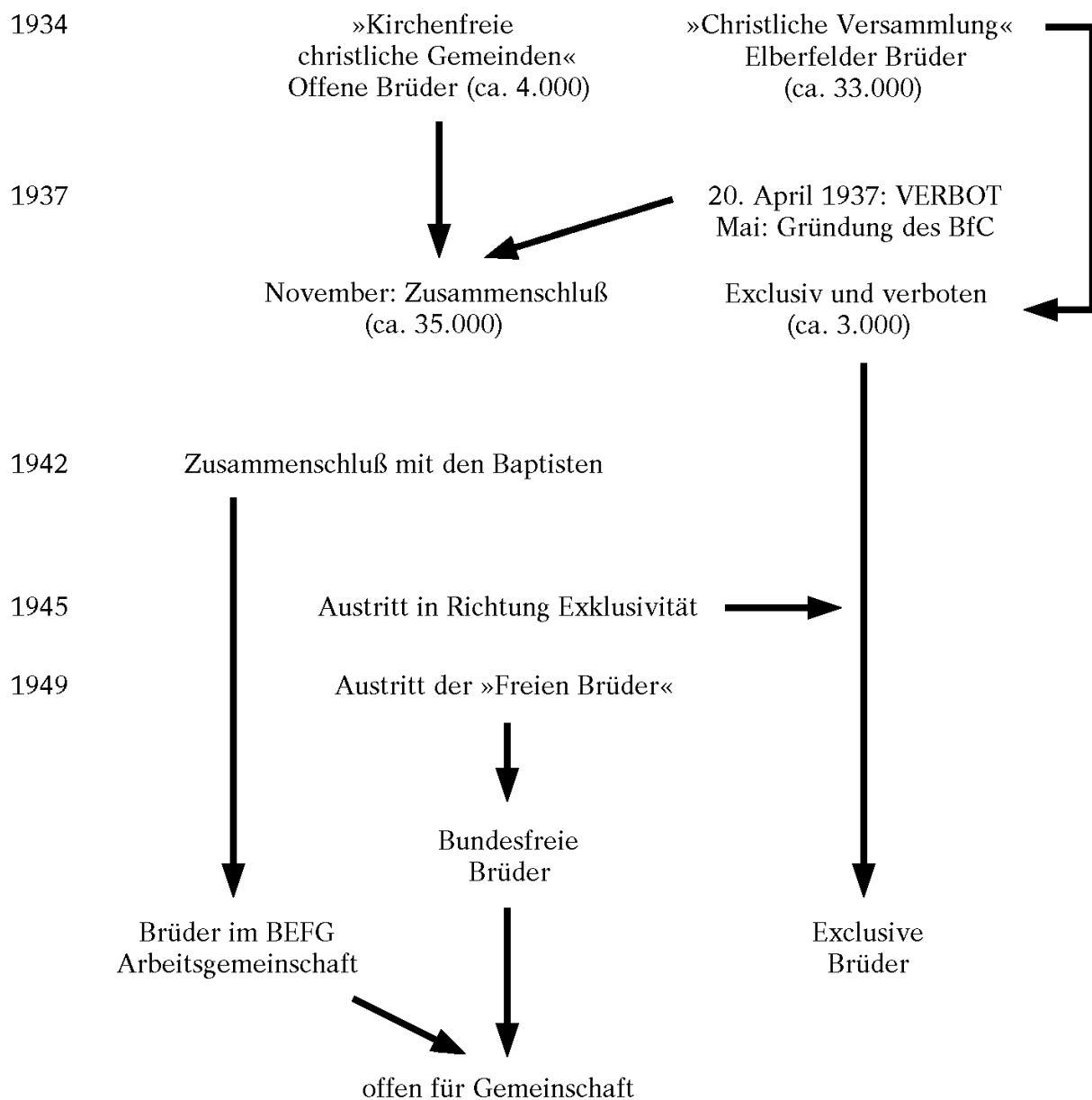
Für 1949 ist festzustellen, dass den damals verantwortlichen Männern die Wahrung einer völligen Einheit nicht gelungen ist. Betrachtet [149] man die Entwicklung von 1937 bis 1949, muss man zu dem Ergebnis kommen, dass wenige durch den NS-Staat mit Macht ausgestattete Männer einer freikirchlichen Bewegung, die sich immer durch Unabhängigkeit ausgezeichnet hatte, die Vereinigung mit den Baptisten aufgezwungen hatten, und dies konnte unter den freiheitlichen Verhältnissen nach 1945 nicht den Beifall vieler Gemeinden finden. Es ist schon erstaunlich, wie jene Männer, die sich doch fast alle politisch geirrt hatten, auch nach 1945 die unerschütterliche Meinung vertraten, mit dem Bund von 1941/42 auf dem gottgewollten Weg zu sein. Ein Werk, das man mit vielen pathetischen Worten zu den Taten eines Adolf Hitler in Parallele gesetzt hatte, hätte doch eigentlich auch zu dem Scheitern des Tyrannen in Parallele gesetzt werden müssen. Aber hier spielte wohl die aus der historischen Herkunft her mangelnde Schuldeinsicht eine nicht geringe Rolle.

Es mag sein, dass auch die andere Seite den Austritt zu rücksichtslos forcierte, aber unter dem Aspekt der internationalen Brüderbewegung und ihrer grundsätzlichen Unabhängigkeit muss der Ablehnung der Bindung an eine den »Brüdern« fremde Struktur die größere Berechtigung zuerkannt werden. Eine Wertung jedes einzelnen Christen steht dagegen unter der Beurteilung dessen, der seine Gemeinde über alle konfessionellen Grenzen hinweg baut.

Literatur: Gerhard Jordy: Die Brüderbewegung in Deutschland. Bd. 3. Wuppertal 1986. Hier sind auch die Quellennachweise für alle Zitate zu finden.

[150] Anhang 1

Strukturelle Entwicklung der deutschen Brüderbewegung 1934–1949



[151] Anhang 2:

Zur Haltung der Brüdergemeinden während der Zeit des Nationalsozialismus und nach dem Zusammenbruch

Vorwort

1995 jährt sich zum 50. Mal der Tag der Beendigung des 2. Weltkriegs und damit der NS-Gewaltherrschaft. Es leben heute nicht mehr viele von denen, die jene Ereignisse miterlebt haben, und manche betrachten das Kapitel daher als abgeschlossen.

Wir müssen uns aber die Frage stellen, wie unsere Väter damals gehandelt und was sie uns damit hinterlassen haben. Gibt es für die heutige Generation Vorbilder aus unserer eigenen Gemeindefradition, die uns helfen, in ähnlichen Situationen zu bestehen?

In diesen Monaten ist in den Medien viel an Dokumentationen, Stellungnahmen, Schulderklärungen, Zeugnissen tätiger Nächstenliebe und verbalen Widerstands aus christlicher Verantwortung heraus veröffentlicht worden. Es läßt erschauern, es bewegt und fordert zum Nachdenken und Stellungnehmen heraus.

Da aber bisher aus den Brüdergemeinden noch keine öffentliche Stellungnahme zu ihrem Verhalten in der NS-Zeit erfolgt ist, halten wir es für dringend erforderlich, uns mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit zu wenden. Damit soll ein Anstoß gegeben werden, in Erkenntnis unserer Schuld vor Gott und an Menschen Buße zu tun, Vergebung von Gott zu empfangen und uns befreien zu lassen von der Last dieser Vergangenheit.

Darüber hinaus soll in einer Dokumentation Hilfe zum Verständnis jener wirren Zeit vermittelt werden. Nicht Schuldzuweisung, sondern Verstehen und Lernen und auch Nachahmung des Glaubens muß die Absicht einer solchen Veröffentlichung sein. Auch das Zeugnis vom Widerstand einzelner Männer und Frauen unseres Gemeindekreises muß darin vermittelt werden.

[152] Richtige Einschätzung unserer und der zukünftigen Geschichte, die Fähigkeit, das Böse zu erkennen, die Bereitschaft zur »Zivilcourage« und zum Widerstand und damit auch zum möglichen Martyrium im Vertrauen und in der Hoffnung auf den lebendigen HERRN der Geschichte sollen unter uns wachsen.

Erklärung

Die Zeit des Dritten Reiches

Die Zeit der NS-Herrschaft traf die Brüdergemeinden in Deutschland unvorbereitet. Bestimmte theologische Überzeugungen wie die Auslegung von Römer 13, die zur kritiklosen Zustimmung zum jeweiligen Staat führte, die Abkehr von jeder politischen Verantwortung und eine nationale Haltung, wie sie vom Kaiserreich her in allen Kreisen der Gläubigen üblich war, hatte die Brüder wie die meisten Christen unfähig zur Beurteilung der politischen Situation gemacht.

Das Versagen lag im Nichterkennen der wahren Natur der Person des »Führers«, der NS-Ideologie und des NS-Staates als widergöttliche und unmenschliche Mächte. Aus anfänglichem Irrtum wurde Schuld, als bei fortschreitender Entwicklung des Bösen die Unrechtsstruktur des Staates immer deutlicher wurde. So hätten Judenboykott, Rassengeset-

ze, die Reichspogromnacht, die Einrichtung der Konzentrationslager, die grausame Behandlung von politischen Gegnern und derjenigen, die die Juden schützen wollten, und schließlich auch der Versuch, mit den Deutschen Christen die evangelische Kirche gleichzuschalten, die Augen öffnen und mindestens zum inneren Widerstand führen müssen, wenn sich schon angesichts der Brutalität des Regimes ein Reden und Handeln gegen das offensichtliche Unrecht wegen der damit verbundenen Lebensgefahr zu verbieten schien. Andererseits hat es durchaus Männer und Frauen gegeben, die aus ihrer Christusnachfolge heraus mutig gesprochen, gehandelt und auch gelitten haben.

Aber die Gemeinden paßten sich mit ihren verantwortlichen Personen, abgesehen von Einzelfällen, insgesamt den staatlichen Forderungen an, wußten sich als Gemeinschaft nicht für das politische Handeln ihrer Glieder verantwortlich und konnten deshalb auch keine Hilfestellung und Weisung geben. Die einzel- [153] nen Gläubigen waren alleingelassen und mußten in Entscheidungssituationen selbst urteilen: bei einem staatlicherseits gewünschten Partei- oder SS-Beitritt, in der Begegnung mit der Gewalt, bei Einschüchterungen oder in der Beziehung zu Juden und Judenchristen. Stattdessen gab es Begeisterung für den »Führer«, für seine politischen oder militärischen Erfolge, für die nationalsozialistische Ideologie, kritiklose Zustimmung für deren Parolen oder auch nur Schweigen aus Unkenntnis oder Furcht und verweigerter Nächstenliebe gegenüber Verfolgten. So wurden Christen, die Gottes Wort liebten, schuldig.

Die Zeit nach dem Zusammenbruch

Leider hat es nach dem Zusammenbruch 1945 kein öffentliches Bekenntnis zu dem Versagen und der daraus folgenden Schuld unter der NS-Herrschaft gegeben. Zwar haben einzelne ihre Vergangenheit vor Gott und zum Teil auch in den Gemeinden bereinigt, aber da es meistens nicht öffentlich bekannt wurde, konnte es die nicht überführen, die weder vor sich selbst noch vor Menschen ihr Verhalten zu überprüfen bereit waren. Damit konnte es auch nicht zu einer umfassenden Buße über das allgemeine Versagen unter der Hitlerdiktatur kommen. Stattdessen gab es Rechtfertigungsbemühungen und sogar Empörung über Versuche, Menschen auf ihre Schuld hin anzusprechen. Die Tatsache, daß auf Grund des organisatorischen Zusammenschlusses im BfC das Versammlungsverbot durch die NS-Behörden aufgehoben und Evangelisation ermöglicht wurde, diente nun als Entschuldigung für mangelnde Distanz zum Unrechtssystem.

Wir bekennen

Unsägliches Leid ist durch den Zweiten Weltkrieg und die Judenverfolgung über viele Millionen von Menschen gekommen. Deshalb liegt eine große Schuld auf unserem deutschen Volk. Auch wir Christen aus den Brüdergemeinden haben teil an dieser Schuld, weil wir uns zum großen Teil der antigöttlichen und von Haß erfüllten nationalsozialistischen Ideologie angepaßt, diesem Unrechtsstaat gedient haben und auch an Menschen, besonders an unseren jüdischen Mitbürgern, schuldig geworden sind.

Menschen zu richten, die in einer ganz anderen Zeit und unter ganz anderen Umständen schuldig geworden sind, steht uns Heutigen nicht zu. Wir stellen [154] uns aber unter diese Schuld in der Erkenntnis, daß wir in ähnlichen Situationen selber schuldig werden können, und bekennen sie vor Gott und vor Menschen.

Wir bitten Gott, uns um Jesu Christi willen diese Schuld zu vergeben, uns von dieser Last der Vergangenheit zu befreien und unserem deutschen Volk gnädig zu sein.

Im April 1995

Für den Bruderrat der Arbeitsgemeinschaft der Brüdergemeinden